56. Jahrgang. № 56. Dienstag, 27. Februar 1912.

Bezugs-Gebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 M., durch auswärtige Kommissionäre bis 3,50 M. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/21 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pf., **Familien-Nachrichten aus Dresden** 15 Pf.; die zweispaltige Zeile auf Textseite 70 Pf., die zweispaltige Reklamezeile 1,50 M. — In Nummern nach **Sonn- und Feiertagen** die einspaltige Grundzeile 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden die Grundzeile 30 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: **Nachrichten Dresden.**
Fernsprecher: **11 • 2096 • 3601.**

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Für Feinschmecker
Lobeck's Marke: Dreiring
Fondant-Chocolade, Rahm-Chocolade, Bitter-Chocolade } per Tafel 50 ₰
Cacao per ½ Kg. Dose 2.40 M.
Dessert per Carton 2.3 u. 4 M.

Königl. Preuß. Staatsmedaille i. Silber.
Bon Jour mit Goldmundstück .... 3½ Pfg.
Kronprinz Wilhelm m. versch. Mundstck. 6½ und **10** Pfg.
Lieblings-Zigarette Sr. Kaiserl. u. Königl. Hoheit des Kronprinzen.
Egyptian Cigarette Company, Berlin NW. 7
Kairo — Brüssel — London E. C. — Frankfurt a./M., Bahnhofsplatz 10.
Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Petroleum- u. Spiritusglühlicht-
Lampen einfachster Art bis zu den **feinsten kunstgewerbl. Ausführungen**
:: in konkurrenzloser Auswahl. ::
Julius Schädlich, Kronleuchter-Fabrik.
Am See 16. Fernsprecher 1136.

Madenwürmer
Springwürmer, auch Askariden genannt, werden beseitigt durch das spezifisch wirkende neue **Madenwurmmittel „Antiwurm"**. Mit genauer Anweisung Mark **1,20**, bei Einsendung von Mark **1,40** franko. **Depot und Versand:**
Löwen-Apotheke, Dresden, **Altmarkt.**

Tuchwaren. Lager hochfeiner deutscher und englischer **Anzug-, Hosen-, Paletot-** und **Westenstoffe** in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten, **Damentuche, Billardtuche, Bunte Tuche. Uniformtuche** für Königlich Sächsische Staatsforstbeamte in echter Farbe.
Hermann Pörschel
Scheffelstrasse 19/21 (Kleines Rauchhaus).

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Südwestwind, wärmer, trocken.

Die diesjährige Königsparade fällt auf Befehl des Königs aus.

In der Zweiten Kammer gelangte gestern der fortschrittliche Antrag auf Einführung des allgemeinen Körzwanges zur Annahme.

Der Kaiser trifft voraussichtlich am 20. März zum Besuch Kaiser Franz Josephs in Wien ein. Am 22. März findet in Venedig eine Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit König Viktor Emanuel statt.

Das Luftschiff „P. L. 11" ist von der Militärverwaltung übernommen worden.

In Luxemburg ist als Nachfolgerin des verstorbenen Großherzogs Wilhelm die Erbgroßherzogin Marie Adelheid proklamiert worden.

Zur Leitung der Münchner Hofoper ist als Nachfolger Mottls der Wiener Hofkapellmeister Bruno Walter in Aussicht genommen.

Theodore Roosevelt erklärt, daß er die Nominierung als Präsidentschaftskandidat annehmen werde.

Der drohende Riesenstreik in England.

Das nebelvolle Inselreich ist längst nicht mehr das Musterland sozialen Friedens, als das es früher gepriesen und vorbildlich hingestellt wurde. Das hartnäckige Festhalten der herrschenden liberalen Richtung an dem durch die Logik der Tatsachen längst als verfehlt nachgewiesenen Dogma von der alleinseligmachenden Kraft des Freihandels hat dem Wettbewerb der fremden, unter dem Schutze einer fürsorglichen Zollpolitik erstarkten und gekräftigten Industrien einen Spielraum verschafft, der sich dem einheimischen britischen Gewerbefleiße in steigendem Maße unliebsam fühlbar macht und die Neigung der Unternehmer zur Gewährung angemessener Löhne immer mehr einschränkt. Dazu kommt das fortwährende Anwachsen der Arbeiterbewegung, die sich neuerdings mehr nach dem kontinentalen sozialistischen Muster entwickelt, so daß die Zeiten, wo noch die englischen Gewerkschaften, die Trades-Unions, als typische Vertreter von rein wirtschaftliche Ziele verfolgenden Arbeiterorganisationen galten, heute bereits eine überwundene Episode darstellen. Die Folgen dieses Werdeprozesses, dessen letzte Konsequenzen sich zurzeit noch nicht übersehen lassen, treten zunächst in zahlreichen Ausständen in die Erscheinung, die Staat und Gesellschaft Großbritanniens durch ihren enormen Umfang in gefährliche Mitleidenschaft ziehen. Kaum ist über dem gewaltigen Ausstande der englischen Eisenbahner einigermaßen Gras gewachsen, so wird die öffentliche Meinung des Vereinigten Königreichs schon wieder durch die Aussicht auf einen neuen Riesenstreik in schwere Beunruhigung versetzt. Es handelt sich diesmal um eine umfassende Bewegung der Bergarbeiter, die von den Grubenbesitzern die grundsätzliche Anerkennung des Rechtes auf einen Mindestlohn verlangten. Die Unternehmer standen zuerst diesem Begehren der Arbeiterschaft schroff ablehnend gegenüber, da sie von dessen Erfüllung ein Nachlassen des Anreizes zu größtmöglicher Anspannung der Arbeitskraft und damit eine wesentliche Verminderung der Kohlenförderung befürchten zu müssen glaubten. Schließlich verstanden sie sich aber zu einem Entgegenkommen unter der Bedingung, daß ihnen dann auch von seiten der Arbeiterschaft eine Mindestförderung an Kohlen gewährleistet werden müsse, und legten einen Entwurf vor, kraft dessen zum Schutze gegen mangelhafte Arbeit ein aus je zwei Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter bestehender Ausschuß eingesetzt werden sollte, mit der Maßgabe, daß im Falle der Stimmengleichheit ein unparteiischer Obmann die Entscheidung zu fällen habe. Hierüber ist es bis jetzt zu keiner Einigung zwischen den Parteien gekommen, und wenn die heute zu fällende Entscheidung der Miners' Federation in unversöhnlichem Sinne gehalten ist, so ist damit das Signal zur Entfesselung eines sozialen Kampfes gegeben, der bei rücksichtsloser Durchführung die Aussicht auf geradezu groteske Formen eröffnet.

Das Gefährliche der Lage ist darin enthalten, daß der Ausstand sich nicht auf die rund eine Million betragende Zahl der britischen Kohlenarbeiter beschränken, sondern bis tief in das gesamte wirtschaftliche Nervengeäst hinein seine lähmenden Ausläufer entsenden würde. Zahlreiche Fabriken müßten im Falle des Ausstandes ihre Tore schließen, und bereits heute ist vielen Tausenden von Arbeitern mit Rücksicht auf diese Möglichkeit gekündigt worden. Namentlich sind die Metall- und die Textilindustrie bedroht, die zusammen rund zwei Millionen Arbeiter beschäftigen. Daneben kommen noch viele kleinere Industrien in Betracht, die dem völligen Ruin ins Auge blicken, von dem Uebergreifen der Wirkungen des Ausstandes auf den Eisenbahnbetrieb ganz zu geschweigen. Alles in allem wird die Gesamtzahl der Feiernden, die sich im ungünstigsten Falle ergeben würde, auf etwa fünf Millionen geschätzt, und damit nicht genug, muß auch noch mit dem gleichzeitigen Ausbruche eines internationalen europäischen Ausstandes gerechnet werden, an dem die Bergleute Deutschlands, Frankreichs, Oesterreichs und Belgiens teilnehmen sollen, wenn es nach den Wünschen der radikalen Leiter der Bewegung geht. Im Brüsseler Volkshause hat zu Anfang dieses Monats eine geheime Beratung der internationalen sozialistischen Drahtzieher stattgefunden, deren Beschlüsse im einzelnen in das tiefste Geheimnis gehüllt werden, von denen aber doch so viel durchgesickert ist, daß der Gedanke der gleichzeitigen Anzettelung eines allgemeinen kontinentalen Kohlenarbeiterausstandes in nichts weniger als schlechtweg ablehnendem Sinne behandelt worden ist. Wie gewöhnlich, sind die deutschen sozialrevolutionären Heißsporne mit der Befürwortung eines „Sympathiestreiks" zugunsten der Engländer voran. Um so erfreulicher ist die energische Gegenaktion der christlichen Bergarbeiter, die ein derartiges Vorgehen aus Rücksicht auf die Interessen der deutschen Industrie und weiter Kreise der deutschen Arbeiterschaft streng verurteilen und den Sozialdemokraten deutlich unter die Nase reiben, wie wenig gerade die englischen „Genossen" durch ihr Verhalten in ähnlichen Fällen gegenüber den deutschen Arbeitern eine solche „Kameradschaft" verdient hätten.

Daß man sich in den leitenden englischen Kreisen des gefährlichen Charakters der Lage wohl bewußt ist, geht nicht bloß aus den mit Hochdruck betriebenen amtlichen Vermittlungsversuchen hervor, sondern erhellt auch aus der Tatsache, daß die englische Admiralität Maßnahmen ergriffen hat, um den Kohlenbezug für die Marine zu sichern. Weniger auf die nüchterne Praxis zugeschnitten, aber doch immerhin auch recht bezeichnend für die allgemeine Beunruhigung ist der Umstand, daß die englischen Erzbischöfe ein Gebet zur Verwendung auf den Kanzeln des Landes ausgearbeitet haben, worin der Himmel angefleht wird, die Bergarbeiter durch den heiligen Geist zu erleuchten, um ihnen mit dessen Hilfe den richtigen Weg zu weisen und ihnen den Entschluß zum Abstandnehmen vom Streik einzuflößen. Zu erwarten ist allerdings wohl schwerlich, daß die Führer der englischen Bergarbeiter sich durch solche interne Beweggründe zum sozialen Frieden bekehren lassen werden. Dagegen fällt sehr erheblich ins Gewicht das finanzielle Moment und die Kampfbereitschaft der Grubenbesitzer, die gegebenenfalls bereit sind, einen internationalen Zusammenschluß herbeizuführen. Insbesondere eine ungeschminkte Antwort auf die Frage, inwieweit die pekuniäre Unterstützung des Riesenheeres der Streikenden verwirklicht werden kann, ist wohl geeignet, den sozialrevolutionären Uebereifer abzudämpfen und selbst die streiklustigsten Elemente zur Mäßigung zu mahnen. Aus den eigenen Reihen der englischen Bergarbeiter werden denn auch schon Warnungsrufe laut. Man weist darauf hin, daß die Meinung, in 14 Tagen werde der gesamte Kohlenvorrat Englands aufgezehrt sein, auf einem Irrtum beruhe; wohl aber sei es bombensicher, daß in dem gleichen Zeitraum die Mittel der Streikenden völlig erschöpft wären. Auch haben frühere Appelle an die „internationale Solidarität" der „Genossen" ein so klägliches Ergebnis gezeitigt, daß kaum zu begreifen ist, wie sich die englischen Sozialisten noch immer in der Illusion wiegen können, als sei auf ausländische pekuniäre Hilfe in irgendeinem nennenswerten Maße zu rechnen. So ist also immer noch Hoffnung vorhanden, daß die Vernunft in der Bewegung die Oberhand behält, und wenn die heutige Entscheidung der Miners' Federation nicht gleich den sozialen Krieg erklärt, sondern, wie allgemein erwartet wird, sich für eine Verlängerung der am 1. März ablaufenden Kündigungsfrist ausspricht, so dürfte damit schon viel im Interesse eines gütlichen Ausgleiches gewonnen sein; denn „Kommt Zeit, kommt Rat", sagt ein altes weises Sprichwort.

Selbst dann freilich, wenn der englische Streik durch die Bewilligung der Grundforderung der dortigen Kohlenarbeiter hintangehalten wird, ist eine Rückwirkung auf die kontinentalen Verhältnisse insofern zu gewärtigen, als auch hier eine Agitation zur Erreichung des gleichen Zieles eines Mindestlohnes oder doch einer allgemeinen Lohnerhöhung einsetzen dürfte. Wie begründet diese Auffassung ist, beweist die Haltung der christlichen deutschen Bergarbeiter, die trotz ihrer Ablehnung eines internationalen Sympathiestreiks doch eine rein wirtschaftliche Bewegung zugunsten einer Erhöhung der Löhne zu unterstützen bereit sind. Es wird darüber aus Essen gemeldet:

Der Verein der christlichen Bergarbeiter veranstaltete etwa 40 geschlossene Versammlungen, in denen u. a. betont wurde, es müsse erst eine Lohnerhöhung durch die Grubenbesitzer abgewartet werden. Falls diese den Ansprüchen der Bergarbeiter nicht genügte, würde die Mitgliedschaft im Verein mit allen Bergarbeiterverbänden bereit sein, deren Forderungen durchzudrücken. Sich vorher in einen Streik einzulassen, lehne der Verein ab. Die gute Konjunktur lasse erhebliche Lohnerhöhungen zu.

Neueste Drahtmeldungen

vom 26. Februar.

Bauschwindelfragen im preußischen Landtag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Abgeordnetenhaus begann heute die Beratung des Etats für Handel und Gewerbe. Es kam dabei zu einer längeren Aussprache über den Bauschwindel. Konservative und Zentrumsabgeordnete sprachen sich dafür aus, daß der zweite Teil des Gesetzes zur Sicherung der Bauforderungen in Kraft gesetzt werde, oder daß wenigstens Bauschöffenämter eingeführt würden. Abg. Hammer hob hervor, es sei heute nicht möglich, 25 000 Mk. geliehen zu erhalten, ohne 6000 Mk. Damnum zu zahlen. Das sei Krawattenmacherei. Seitens der Linken sprach man sich gegen die Inkraftsetzung des zweiten Teiles des Gesetzes „Versicherung der Bauforderungen" aus. Ebenso äußerte Minister Sydow große Bedenken dagegen. Er meinte, diese Forderung werde nur von Hausbesitzern gestellt, um die Mieten steigern zu können. Der Minister hob weiter hervor, am guten Willen der Regierung, dem Handwerk zu helfen, werde man wohl nicht zweifeln. Die Baupolizeibehörden seien angewiesen worden, gegen unzuverlässige Bauunternehmer einzuschreiten. Es sei das nicht ohne Erfolg gewesen. In den Zeitungen sei berichtet worden, daß 868 unzuverlässige Bauunternehmer in Groß-Berlin seien. Es sei daraufhin eine Untersuchung angestellt worden, infolge deren sei 17 Personen das Bauen untersagt worden. Gegen 30 seien Strafverfahren eingeleitet worden, 76 würden als verdächtig überwacht, gegen 152 könne nichts mehr geschehen, weil sie nicht mehr selbständig arbeiteten. In allen anderen Fällen sei kein weiteres Material vorhanden gewesen, es lägen also offenbar Uebertreibungen vor. Es sei nun nochmals eine Verfügung ergangen, energisch gegen die unzuverlässigen Bauunternehmer einzuschreiten. Es sollen fortlaufende Aufzeichnungen gemacht werden. Die Vergangenheit der Bauunternehmer soll erkundet werden usw. Es sei auch zu erwägen, ob den Baupolizeibehörden nicht zur Pflicht gemacht werde, zu kontrollieren, ob die Baubücher ordnungsgemäß geführt werden. Falls das nicht der Fall sei, sollten Strafen eingeführt werden. Der zweite Teil des Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen könne erst eingeführt werden, wenn feststehe, daß ein im größeren Maßstabe grassierender Bauschwindel in einem Bezirke vorliege. Das sei eine ernste Frage, da der zweite Teil tief in die ganzen Verhältnisse des Bauwesens einschneide. Vorläufig genügt die Zahl noch nicht, um eine so schwerwiegende Maßregel zu treffen. So weit könne die Gesetzgebung gehen, daß sie dem Handwerker jede Verantwortung für die Prüfung der Zahlungsfähigkeit der Bauunternehmer abnehme. Eine Statistik über den Bauschwindel sei im Gange. Man dürfe auch nicht vergessen, daß die Einführung des zweiten Teiles zur Folge haben würde, daß das Bauhandwerk zugunsten der Baubanken zurückgedrängt würde. Die Handwerker dürften sich nicht allein auf das Gesetz verlassen, sie müßten sich auf ihre eigene Kraft stützen, um dem schauderhaften Schwindel entgegenzutreten. — Weiterberatung morgen.

Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der im Reichsamte des Innern ausgearbeitete Gesetzentwurf, durch den die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe für Deutschland neugeregelt wird, macht einen grundsätzlichen Unterschied zwischen offenen Verkaufsstellen und Betrieben ohne solche, Kontoren usw. Hinsichtlich der Sonntagsarbeit in Kontoren und Betrieben, die nicht mit offenen Verkaufsstellen verbunden sind, folgt der Entwurf dem Gutachten des Beirats für Arbeiterstatistik, der eine höchstzulässige Arbeitszeit in Kontoren usw. von zwei Stunden für ausreichend erachtet. Als Höchstmaß der Beschäftigungszeit in offenen Verkaufsstellen setzt der Entwurf